

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren auf der Besuchertribüne und sehr geehrte Pressevertreterinnen und Vertreter,

Ich weiß ja, es gibt einige unter Ihnen, die schon länger in diesem Rat sitzen.

Ich weiß aber nicht, ob Sie sich erinnern -

ich erinnere mich jedenfalls noch recht gut an die aufgeregte Ablehnung,

die der damaligen PDS-Fraktion entgegenschlug, als sie - ich meine es war 2007 -

die Einführung eines Bürgerhaushaltes forderte.

Umso mehr freuen wir uns, dass diese Idee endlich angekommen ist.

Die jetzt erstmals versuchte Umsetzung hat allerdings mit dem, was wir damals forderten

nicht viel zu tun:

Wirkliche Mitbestimmung ist auf der Strecke geblieben.

Dies Verfahren hat die Bezeichnung "Bürgerhaushalt" nicht verdient.

Das ist bestenfalls ein bürgerschaftliches Brainstorming.

Und dann lässt die Art der Auswertung doch erhebliche Zweifel aufkommen, wenn sage und schreibe 20 Nennungen ausreichen, um in die Liste der 100 Besten zu geraten:

Das sind so ungefähr 0,01 % der Bevölkerung

Aber wichtiger ist noch folgendes:

Obwohl sich die meisten der Bürgervorschläge auf ganz konkrete Mängel vor Ort bezogen,

zeigt sich ein grundsätzliches Dilemma für diese Art der Bürgerbefragung:

Die Wahrnehmung der Menschen vor Ort ist ganz offensichtlich eine deutlich andere

als die der Verwaltung:

mehr als die Hälfte der ja nicht ohne Grund gemachten Vorschläge wird als

„bereits Bestandteil des laufenden Verwaltungsprozesses“ eingestuft.

Und:

Ein gutes Viertel der 100 besten wird rundweg abgelehnt.

Wir halten so etwas schlichtweg für einen weiteren Anlass,

die Politikverdrossenheit der Bürgerinnen und Bürger noch weiter zu vertiefen.

Statt dessen sind wir der Überzeugung:

die aktive Einbeziehung der Runden Tische und Stadtteilinitiativen, der Quartiers- und Seniorenkonferenzen, und künftig natürlich auch der Jugendräte,

könnte eine Art der Mitwirkung der Bürgerschaft an der Haushaltsplanung begründen,

deren Ergebnis dann schon eher mit "Bürgerhaushalt" zu bezeichnen wäre.

Aber das setzt voraus, dass diese Initiativen endlich auf Augenhöhe einbezogen werden.

Dafür muss sich wirklich noch einiges ändern:

Nur ein symptomatisches Beispiel:

Noch im April hat der Herr Oberbürgermeister den versammelten Vertreterinnen und Vertretern der Runden Tische die Durchführung einer stadtweiten Konferenz versprochen.

Daraus wird erst mal nichts.

Statt dessen wird an einer Broschüre gearbeitet, die u. a. dokumentieren soll, was man alles an Genehmigungen braucht, wenn man eine öffentliche Veranstaltung durchführen will.

Das mag ja hilfreich sein:

Viel sinnvoller wäre es unserer Meinung nach, die vielen praktischen Hinweise dieser Menschen auf manchmal geradezu schildbürgerhafte Vorschriften ernst zu nehmen, und für eine großzügige Entbürokratisierung dieser Vorgaben zu nutzen.

Was noch nicht ist – kann ja noch werden.

Schau'n wir mal ...

Wir werden uns bei der Abstimmung enthalten und möchten damit zumindest die gute Absicht würdigen.

Ich komme nun zum ordentlichen Haushalt:

Ich mag mich ja täuschen, aber bisweilen meine ich eine große Ratlosigkeit auf den Gesichtern fast aller Ratsvertreterinnen und Ratsvertreter lesen zu können. Ratlosigkeit, ob der einfach nicht besser werdenden finanziellen Situation der Stadt Gelsenkirchen. Ratlosigkeit, weil hier und heute trotzdem ein Haushalt verabschiedet werden muss! Hier und heute, weil die Zahlen – vermutete und prognostizierte – nur jetzt einen Beschluss ermöglichen, der es der Aufsichtsbehörde erlaubt, den Haushalt zu genehmigen.

Oder andersherum: Würden wir den Haushalt erst in vier Wochen beschließen, könnten die vorgelegten Zahlen ganz anders aussehen – und somit die Genehmigungsfähigkeit des Haushalts nicht mehr vorliegen!

Ist das nicht absurd? Ja, das ist absurd. Denn: Wir alle wissen, dass das gesamte Zahlenwerk mit einem Federstrich Makulatur werden kann und wird. Zwei Beispiele:

Erstens:

Die Gewerbesteuererinnahmen werden sich so verhalten wie schon in 2014. Sie werden weiter wegbrechen: Damit ist zu rechnen. Dies zeigen die Wirtschaftsprognosen der Bundesregierung für das kommende Jahr jetzt schon.

Zweitens:

2,5% Einkommenssteigerung im öffentlichen Dienst werden erwartet. Trotzdem wird nur mit 1% Steigerung kalkuliert.

Wir alle wissen das! Dennoch sollen wir diesen Haushalt mit diesen Zahlen verabschieden.

Mal im Ernst: Seriös ist was anderes. Einwohnerinnen und Einwohner dieser Stadt dürfen auch etwas anderes verlangen.

Die Aufstellung eines Finanzplans verlangt immer Klarheit und Wahrheit. Die Klarheit über die Ausgaben scheint gegeben, wenn man die Erhöhung der Umlage zum Landschaftsverband mal außer Acht lässt. Macht ja nur 4.6 Millionen Euro aus.

Die Wahrheit bei den Einnahmen fehlt völlig! Sowohl bei der Gewerbesteuer als auch bei den Einkommensteueranteilen.

Weil wir aufgrund der Gesetzeslage angeblich verpflichtet sind, dennoch den Beschluss herzuleiten, folgt: „Die normative Kraft des Faktischen“: Wir müssen einen genehmigungsfähigen Haushalt beschließen, nur um die Handlungsfähigkeit zu behalten!

Meine Damen und Herren: Welche Handlungsfähigkeit? Eine Handlungsfähigkeit, die uns nur noch erlaubt, Beschlüsse nach Haushaltskriterien zu fassen? Nur ein Beispiel: Wir machen eine Personalplanung nach Kosten und nicht nach Bedarf. Wir leisten uns eine Erhöhung im Bereich Öffentlichkeitsarbeit von 230tausend € anstatt die Besetzung der Bürgercenter zu verbessern. Ist Ihnen Image aufpolieren wichtiger als Bürgernähe?

Die normative Kraft des Faktischen: Sie sagt, wir müssen einen genehmigungsfähigen Haushalt beschließen, um Zuweisungen für notwendige Investitionen zu bekommen!

Meine Damen und Herren, mal ehrlich: Ist das nicht vielmehr eine Form der Erpressung, wenn uns zustehende Finanzmittel vom Land vorenthalten werden, weil wir keinen genehmigten Haushalt haben?

Oder wie will man es nennen, wenn die Stadt gezwungen wird, einen 10 Jahres Plan aufzustellen, wohl wissend, dass die Zahlen unrealistisch sind! Wenn sie gezwungen ist, Haushaltsansätze wider besseres Wissen jahrelang zu niedrig anzusetzen, nur um einen genehmigten Haushalt vorweisen zu können!

Mein Damen und Herren, wir könnten jetzt darauf verweisen, dass wir Linke das alles schon lange gesagt haben.

Das Problem der Haushaltslage der Stadt Gelsenkirchen ist nicht nur hausgemacht. Es ist die Folge jahrelanger falscher Landes- und Bundespolitik: Statt immer neuer Einsparungen bei der Daseinsvorsorge muss die Einnahmeseite strukturell und nachhaltig gestärkt werden.

Vorschläge dazu liegen auf dem Tisch: Strikte Einhaltung des Konnexitätsprinzips, ein Entschuldungsfond für Kommunen, die Wiedereinführung einer Vermögenssteuer. Wir könnten die Liste unendlich erweitern.

Ich wiederhole mich: Eine grundsätzliche und strukturelle Verbesserung der Einnahmeseite liegt nicht in kommunaler Hand. Verantwortlich dafür sind Land und Bund.

Meine Damen und Herren! Die Linksfraktion wird diesem Haushaltsentwurf nicht zustimmen. Wir sind der Meinung, dieser Haushalt hat nichts mit Klarheit und Wahrheit zu tun. Wir belügen die Bürgerinnen und Bürger nicht!

Wir verbinden dieses Nein mit einer klaren Forderung: die Vertreterinnen und Vertreter der Gelsenkirchener Parteien in Land und Bund müssen sich endlich ernsthaft für eine Verbesserung der Einnahmeseite der Kommunen und damit auch der Stadt Gelsenkirchen einzusetzen! Und wir meinen damit nicht, Resolutionen zu unterschreiben oder Besuche abzustatten, sondern sich aktiv für entsprechende Gesetzesänderungen einzusetzen.

Erzählen Sie uns jetzt nicht, das würde Jahre und Jahre dauern.

Beispiele wie die Bankenrettung und die Energiewende sprechen eine beredte Sprache. Sie sind der Beleg dafür, dass es schnell gehen kann, wenn der politische Wille da ist. Sie müssen nur wollen!

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!

*Es gilt das gesprochene Wort.*